

**Zeitschrift:** Rote Revue : sozialistische Monatsschrift  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 35 (1956)  
**Heft:** 4

**Artikel:** Standort und Ziel der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands  
**Autor:** Ollenhauer, Erich  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-336896>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 01.08.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Standort und Ziel der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die europäische und die internationale Entwicklung seit 1945 haben Deutschland und die deutsche Arbeiterbewegung wieder sehr stark in den Vordergrund des politischen Geschehens gerückt. Die Eingliederung einer neuen deutschen Demokratie in eine europäische und internationale Arbeitsgemeinschaft der freien Völker ist für uns alle ein zentrales Problem.

Was den Teil Deutschlands betrifft, den die Bundesrepublik umfaßt, so ist dieses Problem inzwischen wenigstens zu einem Teil gelöst. Um so schwerer lastet auf allen Deutschen die Tatsache, daß die siebzehn Millionen in Mitteldeutschland, in der sogenannten DDR, weiter in Unfreiheit zu leben gezwungen sind. Diesem Unglück und Unrecht gilt der Kampf der deutschen Sozialdemokratie um eine deutsche Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit, die für sie zur wichtigsten politischen Aufgabe überhaupt geworden ist.

Denkt man zunächst an die Entwicklung der SPD in Westdeutschland seit 1945, so muß man davon ausgehen, daß die organisatorische Form der deutschen Arbeiterbewegung, auch ihre politischen Probleme und Aufgaben, andere sind, als sie es in der Zeit vor 1933 waren. Selbstverständlich sind die Grundlagen unverändert geblieben. Wir bekennen uns nach wie vor zu den Vorstellungen des freiheitlichen und demokratischen Sozialismus, der ja auch die gemeinsame politische Basis der in der «Sozialistischen Internationale» vereinigten sozialistischen Parteien ist. Die SPD allein auf dem Gebiete der heutigen Bundesrepublik ist organisatorisch stärker als sie es in den letzten Jahren der Weimarer Republik, also im ganzen früheren Deutschland, war. Die Kommunisten, die in den Krisenjahren vor 1930 in den Industriegebieten viele Wählerstimmen sammeln konnten, sind heute ohne jeden nennenswerten politischen Einfluß. Im Ruhrgebiet, das zwischen 1920 und 1930 die bedeutendsten Stützpunkte der Kommunisten umfaßte, ist die Sozialdemokratische Partei heute führend, während die Kommunisten jede praktische, überregionale Einwirkungsmöglichkeit verloren haben.

In ihrem Kern ist die SPD die Partei der Industriearbeiterschaft geblieben. Aber in wachsendem Maße zählt sie zu ihren Mitgliedern, Anhängern und Wählern auch Menschen aus den Kreisen des selbständigen Mittelstandes oder auch aus agrarischen Bezirken, und sie hat heute auch in Gebieten Fuß gefaßt, die früher infolge der rein katholischen Orientierung der Bevölkerung die Domänen anderer konfessionell bestimmter Parteien waren. Daneben fühlen sich heute viele Menschen zur Sozialdemokratischen Partei hingezogen, die aus intellektuellen Berufen kommen und die sich insbesondere mit den freiheitlichen und demokratischen Grundsätzen der Partei und mit

ihrem Kampf für die Aufrechterhaltung und Durchsetzung dieser Prinzipien verbunden fühlen.

Ein entscheidender Faktor der Arbeiterbewegung neben der SPD sind die Gewerkschaften. Der Aufbau der neuen Gewerkschaften nach 1945 ist aber nach anderen Prinzipien erfolgt als wir sie vor 1933 in Deutschland kannten. An die Stelle der nach Weltanschauungsgesichtspunkten vorgenommenen Dreiteilung der seinerzeitigen deutschen Gewerkschaftsbewegung (Freie Gewerkschaften, Christliche Gewerkschaften und Liberaldemokratische Gewerkschaften) sind heute die Einheitsgewerkschaften getreten, die alle Arbeitnehmer – ohne Rücksicht auf ihre politische Überzeugung oder Weltanschauung – organisieren. Ende 1955 hat sich eine kleine, nach Zahl und Bedeutung gewichtslose Gruppe konfessionell bestimmter Gewerkschaften abgesplittert. Das Fundament der Einheitsgewerkschaften blieb davon unberührt. Insgesamt gehören heute dem Deutschen Gewerkschaftsbund rund sechs Millionen Mitglieder an.

Für die SPD ist die Tatsache, daß wir eine freie deutsche Arbeiterbewegung nur in einem Teil Deutschlands aufbauen konnten, nämlich in der Bundesrepublik, in hervorragender Weise mitbestimmend für den Inhalt ihrer Politik. In der Sowjetzone leben siebzehn Millionen Deutsche unter den Bedingungen einer kommunistischen Diktatur, die in ihrer Brutalität und in ihrer Ausbeutungspolitik der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in nichts nachsteht. Keine der großen Arbeiterorganisationen kann in der sowjetisch besetzten Zone frei wirken. Die Tatsache der Unterdrückung dieses Teiles des deutschen Volkes ist nicht nur ein nationales Problem erster Ordnung, es hat auch eine Verschiebung der innenpolitischen Kräfteverteilung zugunsten der jetzigen bürgerlichen Mehrheit im Bundestag zur Folge, denn wichtige Gebiete der Sowjetzone waren seit Jahrzehnten Hochburgen der freien sozialistischen Arbeiterbewegung.

Man spricht angesichts des wirtschaftlichen Aufschwunges in Westdeutschland, der in den letzten Jahren zu verzeichnen ist, von einem sogenannten «deutschen Wirtschaftswunder». Dieser wirtschaftliche Aufstieg hat sehr verschiedene Ursachen. Da war zunächst die umfangreiche amerikanische Wirtschaftshilfe im Zusammenhang mit dem Marshall-Plan, ohne die die deutsche Produktionskraft nicht so schnell wieder hätte entwickelt werden können. Hinzu kamen die allgemeine Wirtschaftskonjunktur und die Tatsache der Ausdehnung der Rüstungsproduktion in den demokratischen Ländern des Westens nach dem Ausbruch des Korea-Konfliktes, die der Bundesrepublik, die von dieser Belastung nur am Rande betroffen wurde, die Möglichkeit gab, ihren Export sehr schnell wieder auszuweiten. Der wahre Kern dieses sogenannten «Wunders» liegt in dem Verantwortungsbewußtsein und in der Leistung der arbeitenden Menschen. Leider hat im weiteren Verlauf der Entwicklung die Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik der Regierung dazu ge-

führt, daß der größere Teil der Bevölkerung nur einen unzureichenden Anteil an diesem Aufstieg durch eine entsprechende Erhöhung des Lebensstandards hat. Es ist das vornehmste Ziel der Sozialdemokratie, diese Politik abzulösen durch eine Politik der gerechteren Verteilung des Sozialproduktes.

Die Sozialdemokratie ist jetzt im Begriffe, nach langen gründlichen Vorarbeiten das ganze weite Gebiet der Sozialversicherung und der Sozialfürsorge zu modernisieren und in einer umfassenden Sozialreform zu vereinheitlichen. Dies soll mit der Blickrichtung auf eine Entwicklung geschehen, die zum Beispiel die skandinavischen Länder und Großbritannien bereits vor mehreren Jahren durchgemacht haben. Dabei ist die Feststellung notwendig, daß die Existenz der deutschen Demokratie nicht nur von solchen sozialen und wirtschaftlichen Voraussetzungen abhängt, sondern in hohem Maße auch davon, daß es uns gelingt, der demokratischen Staatsform der Bundesrepublik ein festes und sicheres Fundament zu geben.

Der Verkündung und Präzisierung dieser Aufgabe, die besonders in den nächsten anderthalb Jahren bis zur kommenden Bundestagswahl eine maßgebende Rolle spielen wird, diente auch der große sozialdemokratische Kongreß in Köln Mitte Januar dieses Jahres. Er befaßte sich mit drei Grundproblemen:

1. dem sozialdemokratischen Weg zur großumfassenden Sozialreform;
2. der Festlegung der Grundsätze für eine krisenfeste Wirtschaft, die die Menschen frei von Not und Furcht macht; und
3. der Proklamierung einer zuverlässig und dauerhaft begründeten geistigen Freiheit als einer weiteren entscheidenden politischen Gegenwartsaufgabe.

Zum erstgenannten Bereich gehören neben anderen Forderungen vor allem eine ausreichende Kriegsopferversorgung, die Altersversorgung und gehören die Nöte der Vertriebenen und Evakuierten, die bisher ebenfalls nur ganz unzureichend gelindert worden sind. Beim Problem einer krisenfesten Wirtschaft spielen die Lage der Mittelschichten und der soziale Wohnungsbau eine hervorragende Rolle. Die Sicherung der geistigen Freiheit als einer unerläßlichen Voraussetzung für ein echtes, von jeder obrigkeitlichen Bevormundung freies demokratisches Leben ist besonders aktuell geworden durch mancherlei bedenkliche Erscheinungen auf dem Gebiete der öffentlichen Meinungsbildung und auch bei der ersten Vorbereitung auf die Neuwahlen zum Bundestag, Begleiterscheinungen, die gewisse autoritäre, die ungehinderte Meinungsbildung einengende Tendenzen klar erkennen lassen.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist der Auffassung, daß nur gesunde soziale Verhältnisse bei gleichzeitiger absoluter Sicherung freiheitlich-demokratischer Grundrechte des einzelnen einen festen Schutzwall gegen die Gefahren bilden können, die der internationale Kommunismus permanent für den Westen bedeutet – für manche großen westeuropäischen Länder übrigens weit mehr als für die Bundesrepublik, wie zuletzt die Wahlen in Frank-

reich gezeigt haben. Die freiheitliche deutsche Arbeiterbewegung, verkörpert in der SPD, hat sich von der ersten Zeit ihrer neuen politischen Betätigung nach dem Ende des Hitlerstaates an leidenschaftlich und erfolgreich gegen jede Gemeinsamkeit mit dem totalitären Kommunismus gewehrt, und sie wird in diesem Kampfe nicht nachlassen.

Soziale Gerechtigkeit, soweit menschliche Anstrengung sie überhaupt nur erreichen kann, und eine vom Verantwortungsbewußtsein für das Ganze getragene persönliche Freiheit sind auch die unerläßlichen Grundlagen jeder Wiedervereinigung Deutschlands auf friedlichem Wege, auf die auch jede vernünftige internationale Entspannungs- und Friedenspolitik niemals wird verzichten können. Ohne jede Voraussetzungen würde das deutsche Streben nach staatlicher Einheit auch viel von seiner inneren Berechtigung einbüßen und an Glaubwürdigkeit verlieren. Daß der Wille der großen Mächte des Westens ebenso wie der der Sowjetunion zu dieser deutschen Anstrengung hinzukommen muß, wenn die Wiedervereinigung Deutschland gelingen soll, ist selbstverständlich.

Bonn, den 24. Januar 1956

*Redaktion:* Dieser Artikel ist für die kleine, aber gute sozialdemokratische Zeitschrift der welschen Schweiz «Le socialisme démocratique» geschrieben worden. Diese Zeitschrift hat uns ermächtigt, den deutschen Originaltext in der «Roten Revue» zu publizieren.

### **Vorbemerkung der Redaktion**

Wir veröffentlichen in der heutigen Nummer unserer Zeitschrift zwei Aufsätze, die sich mit der gegenwärtigen Lage im internationalen Finanz- und Geldwesen befassen. Von verschiedenen Gesichtspunkten kommen beide Verfasser zu einer scharfen Kritik an der Investierungs- und Währungspolitik der beiden größten Weltmächte, vor allem aber Amerikas. Der Sozialphysiker *Adrien Turel* zieht originelle Vergleiche zwischen der Investitionspolitik, wie sie um 1880 praktiziert wurde und wie sie heute üblich ist, und stellt dabei einen geradezu revolutionären Wandel fest. Der liberale Bankier Prof. *Felix Somary*, Leiter des Zürcher Bankhauses Blankart & Cie., teilt in keiner Weise den weitverbreiteten Optimismus über die Dauerhaftigkeit der heutigen Wirtschaftskonjunktur. Er geht in seinen Ausführungen, die mit wenigen Kürzungen einem Referat entsprechen, das er am 9. April dieses Jahres vor den Professoren der Harvard-Universität (USA) gehalten hat, mit der amerikanischen Inflationspolitik ernstlich ins Gericht und betrachtet die Krise als unvermeidlich, wenn nicht ganz bestimmte Bedingungen erfüllt werden.

Wenn wir die beiden Artikel publizieren, ohne uns etwa mit den darin enthaltenen Ansichten identifizieren zu wollen, so geschieht das im Sinne einer interessanten Meinungsäußerung zweier prominenter Persönlichkeiten, die Beachtung verdienen. Sie vertreten zum Teil ganz gegensätzliche Gedanken, und ihre Ansichten werden wahrscheinlich auch in unseren Reihen auf lebhaften Widerspruch stoßen. Aber wir sind der Meinung, daß es immer wertvoll ist, die Auffassungen geistvoller und sachkundiger Autoren kennenzulernen, auch wenn sie nicht durchweg unseren Anschauungen entsprechen. Besonders bemerkenswert scheint uns die Kritik eines angesehenen schweizerischen Ban-